

Bürgerwehren einen Widerstand fanden, an dem ihre Kunst scheiterte. Über viel deutschen Boden hatten sie in dieser Zeit deutscher Schwärme, deutscher Entschlossenigkeit und deutscher Verrats in ihre Hände gebracht. Wäre ihre Handhabung richtig, wäre ihr Absicht, deutsches Land vom Mutterland zu trennen, an der Standfestigkeit von Regierung, Militär und ziviler Gemelt mißglückt worden, hätte dadurch die Entente erkannt, daß die Ostmark deutsch empfand und deutsch bleiben wollte — so wären die Friedensbedingungen ganz andere geworden. Man hätte also bald den Orlanden eine Volksabstimmung gemacht haben müssen, die uns diese Gebiete deutsch zu Restitut erhalten hätte. Wenn Polen bei Deutschland blieb, hätte auch der Korridor keinen Sinn — er wäre nie geschlossen worden.

Es kam anders, und damit ist unsern Geschlecht und den künftigen

Zögerndes Warschau.

Die Warschauer Regierung vermeidet es sorgsam, sich eindeutig auf den deutschen Verhandlungskurs festlegen zu lassen, den sie am 15. November mit dem Besuche ihres Berliner Gesandten bei Adolf Biller eingeleitet hat. Jeder wirklich weitreichenden Entscheidung geht sie mit Vorbehalt aus dem Wege. An Reben- und Einseitigkeiten hat sie bei Besprechungen und Abmachungen überhaupt keine Anteilnahme. Die erste persönliche Sühnmaßnahme ist in weiteren Schritten fortgesetzt worden: Lipki vor dem Reichslandwirtschaftsminister und von dort an Wolke beim polnischen Außenminister. Dieracki hat die Führer der deutschen Volksgruppen empfangen und Calonder hat, wie es scheint, die Quartierbetreuer Groszkyk in Warschau zur Sprache gebracht. Zwischen der deutschen und polnischen Eisenbahnen ist ein Abkommen zum Aufkommen der polnischen Eisenbahnen in Frage. Die Frage wurde ein übereinkommen erzielt und deutsche Betriebsverhältnisse sind nach Warschau gegangen, um wegen einer weiteren agrarpolitischen Verständigung mit polnischen Landwirtschaftskreisen Sühnung zu nehmen. Beizühilf des kleinen Grenzverkehrs wurde eine neue Vereinbarung getroffen, und in der polnischen Presse ist davon die Rede, daß man sich vielleicht schon für Mitte Januar auf den Abschluß eines protokollarischen Handelsvertrages zwischen Deutschland und Polen geeinigt machen könne.

Möglich, daß sich diese Methode einer schrittweisen Verständigung in Einzelfragen mit der Zeit zu einer generellen Verhandlungsaktion ausbauen läßt. Ungeachtet ist jedoch, ob die polnische Regierung in Wirklichkeit daran denkt, durch derartige einhaltende Einzelbesprechungen abzukommen und durch solche unvollständigen Erweiterungen des deutsch-polnischen Grenzverkehrs vorbereiten. Ungeachtet ist, ob sie überhaupt ernstlich an die Möglichkeit einer allgemeinen deutsch-polnischen Verständigung über die äußere Beziehung politischer Streitfragen glaubt. Bisher hat sie sich zu dieser Frage jedenfalls nicht geäußert, und Oberst Beck hat sich gegenüber den nationaldemokratischen Verächtern, ihn zum Sprechen zu bringen, auf dem Standpunkt gestellt, daß für ihn die polnische Politik vorrangig zur außenpolitischen Lage öffentlich Stellung zu nehmen. Es kommt der polnischen Regierung offenbar darauf an, Zeit zu gewinnen, abzumachen, wie die deutschen Verträge, mit den Westmächten und vor allem mit Frankreich in Sühnung zu kommen, auslaufen werden, um dann ihr eigenes Verhalten nach dem Ergebnis dieser Verträge einzurichten. Die polnische Handlung ist banal, als sie ihren Berliner Gesandten zum Kanzler schickte, auch nur die Absicht gab, der Welt und namentlich Frankreich einmal zu zeigen, daß sie es gegebenenfalls zum Zuge würde, in der großen Politik ihre eigenen Wege zu gehen. Bisher hat sie sich nur deshalb mit Berlin in Verbindung gesetzt, um sich in Paris wieder in Erinnerung zu bringen, da sie sich in der polnischen Öffentlichkeit nicht mehr ganz sicher fühlt und sich von Frankreich vernachlässigt fühlt.

Wenn das für sie der eigentliche Anstoß zur Verhandlungsaktion mit Deutschland gewesen sein sollte, dann hat die polnische Regierung einigen Grund, mit dem Erfolg ihres Schachzuges zufrieden zu sein. Denn in Paris hat man es angelehnt der deutsch-polnischen Gespräche mit der Angst zu tun bekommen; man hat sich darauf besonnen, daß Bundesgenossen nicht nur dazu da sind, um sich von ihnen die Kasernen aus dem Feuer holen zu lassen, sondern daß man es sich mitunter auch etwas kosten lassen muß, wenn man Wert darauf legt, sich ihre dauernde Abhängigkeit zu erhalten. Die außenpolitischen Selbständigkeitsbestrebungen der osteuropäischen Staaten, vor allem Polens, aber auch der Balkanländer und der Eisehohlande, haben den Mechanismus der Pariser Diplomatie in Bewegung gesetzt. Der französische Außenminister Paul Boncour wird demnach die nächsten Hauptakte der Sühnung sein, die sich schon beginnend angeordnet haben, die von Paris dorthin führen, zu erneuern und, wenn möglich, die Sühnung wieder etwas strenger zu spannen. Es ist bemerkenswert, wie Polen auf diese neue Aktivität des Quai d'Orsay reagiert. Einige nationale demokratische Blätter behandeln in ihren Kommentaren zu dem bevorstehenden französischen Besuch die „Berliner Extraktur“ des Obersten Beck ziemlich unerschrocken als eine „erledigte Sache“.

Generationen eine Aufgabe von größter, weltgeschichtlicher Bedeutung zuteil geworden. Daß wir diese Aufgabe nur friedlich lösen wollen, hat der Kanzler und Führer immer wieder ausgesprochen, und es ist einleuchtend, wenn die Polen jetzt, um die deutsche Friedenslinie zu veranlassen, in ihrer Presse einen Gegenangriff zwischen Adolf Biller auf der einen, Rosenbergs und mir auf der anderen Seite konzentrieren wollen. Nein, unsere Linie ist die gleiche, die der Kanzler verfolgt.

Groß allein, was seit 15 Jahren geschah, auch trotz jenem entscheidenden Versteher, wollen auch viele Führer der öffentlichen Bewegung den Frieden, den ein Friede der völligen Gleichheit, der nationalen Ehre und der politischen Gleichberechtigung sein wird und muß.

Vorläufiger äußert sich die „Gazeta Polska“, das halbamtliche Organ der Warschauer Regierung. Sie schickt dem französischen Außenminister u. a. folgende Grußworte entgegen: „Nach dem offiziellen Besuche des Ministers Josef Beck, der der französischen Regierung Ende September d. J. abgehakt wurde, wird das angekündigte Gespräch des Ministers des Reichs mit dem polnischen Außenminister eine neue Etappe in der Berührung der persönlichen Sühnmaßnahmen zwischen den Vätern der auswärtigen Politik wieder miteinander verbindlichen Staaten sein — einer Sühnungnahme, die gegenwärtig notwendig existiert als jemals.“ Das hört sich bräunlich so an, als ob die Warschauer Regierung — trotz darüber, wieder die fürsorgliche Entnahme ihres Pariser Bundesgenossen gefunden zu haben, sich nicht scheut, ein weiteres Mal die Berührung der Verhandlungsbestrebungen Deutschland gegenüber befehle.

Wenn das tatsächlich so wäre, dann hätte die polnische Regierung durch die Manöver zwar für den Augenblick einen Erfolg zu verbuchen, ohne aber für die Dauer Gewinn daraus ziehen zu können. Ein erneutes Überbrücken von Deutschland könnte in der gegenwärtigen Situation nur als ein Eingeständnis außenpolitischer Schwäche ausgelegt werden. Der Zuwachs an politischer Stellung, den die Berliner Gespräche der Warschauer Regierung zweifellos angebracht haben, würde wohl sehr bald wieder verfliegen, wenn es sich jetzt herausstellen sollte, daß es sich bei dieser Wendung nach Berlin gar nicht um die Äußerung einer ihrer selbst sicheren und in ihrem Handeln unabhängigen Regierung gehandelt hat, sondern um einen Scheitern, um dem sich seine Mäxime nur mit Fingern und Zehen aufschreiben aufschreiben lassen würde. Die polnische Regierung hat sich nicht für die Erfüllung dieses Zweckes um Ziel führen können. Wenn also die polnische Regierung um dem von ihr eingeschlagenen Wege wieder abzuweichen würde, um sich wieder in die französische Bevormundung zurückzugeben, die sie der Milde eigener Initiative entbehrt, dann könnte man das nur als eine moralische Niederlage bezeichnen. Die allgemeine politische Situation ist heute so, daß nur diejenigen Staaten als die Mäxime der Welt angesehen werden können, die sich durch die europäischen Politik geltend machen können, die sich ernstlich von der französischen Hegemonie und von dem anrüchlich gewordenen Liberalismus Genfer Prägung frei zu machen versuchen. Man kann wohl sagen, daß Polen der Aufenthalt in der freien Welt selbständigen Handels bisher nicht gelernt bekommen ist und daß es in den wenigen Wochen, die es nunmehr in Deutschland an in einer derartigen europäischen Verhandlungen steht, der europäischen Politik mehr Auftrieb gegeben hat, als in den 15 Jahren, in denen es sich Staatsfähig vor sich selbst und vor der Welt gezeigt hat.

Man kann wohl auch annehmen, daß es Männern wie Dilljudki und Beck schwer fallen dürfte, auf wieder von der außenpolitischen Romandobrücke herunterzusteigen, um anstelle ihres persönlichen Willens wieder die eines politischen Apparates der europäischen Verhandlungen zu lassen. Immerhin bleibt der Entschlossenheit, daß die Warschauer Regierung es bisher abgesehen hat, sich über die Frage einer Generalvereinbarung der deutsch-polnischen Streitfragen umzumenden zu äußern und daß sie sich in dem Augenblick, in dem sie mit Deutschland unter Umgehung des Bölkerbundes ihre Sonderverbindungen führt, um einen künftigen Schritt in diesem selbst Bölkerbund bemüht. Man muß nicht meinen, daß es niemandem in der Handlung des Außenministeriums, die der Außenpolitik Polens, gewesen ist, Politik nach einem System oder nach einem Programm zu betreiben. Seine Politik ist nach innen und außen immer systemlos gewesen, sprunghaft, unberechenbar, improvisiert. Seine Politik läßt sich mit nichts besser charakterisieren als mit seinen eigenen Worten: „Mein politisches Programm? Ich habe keines und kann keines machen.“ Man muß nicht meinen, daß es in dem Augenblick, in dem es was man es denkt. Man erachtet mit rechts und links schlagend nach links. Man erachtet mit links und schnell geht ich nach rechts und falle über den überforderten Gegner her. . . . Es ist möglich, sich bei der Beurteilung der außenpolitischen Möglichkeiten Deutschlands gegenüber Polen an diese treffliche Charakterisierung der polnischen Politik zu erinnern. Dr. K. Redel.

Gedenkfeier

für das Polenland.

In der Ausstellung „Der Osten, das deutsche Schicksalsland“ findet am Sonnabend, dem 30. Dezember, nachmittags 4 1/2 Uhr, eine Gedenkfeier zur Erinnerung an das Polenland statt. In der Ehrenhalle der Ausstellung werden die dem Bund Deutscher Osten angeschlossenen Verbände und sonstigen Organisationen mit Fahnen und Stabarten aufgestellt stehen. Nach Begrüßungsworten des Leiters der Abteilung Polen im VVO, Sakinich, wird Reichsführer Dr. Cüdike die Gedenkrede halten.

Programmrede Smelonas.

Die litauische Regierungspartei hat sich nach dem Führerprinzip organisiert. Oberster Führer der Kautiminkai ist der Staatspräsident Smelona; dieser hat den Ministerpräsidenten zum Parteivorsitzenden ernannt. In Preußen sind die Kautiminkai in Litauen Partei und Staat heute identisch. Mit der Demokratie ist es in Litauen endgültig aus. In klarer Form hat sich auf dem All-litauischen Kongreß der Kautiminkai, der vor Weihnachten in Kovno stattfand, Staatspräsident Smelona gegen die „Demagogie der Parlamente“ gemandt: „Der große Irrtum des Liberalismus bestand in dem Glauben, daß der englische Parlamentarismus für alle Nationen verwendbar ist. In Litauen wurde der Liberalismus durch den Seim kompromittiert. Unser liberaler Seim war nur eine von anderen Vändern genommene Kopie, und deshalb konnte er nicht bestehen bleiben.“ Litauen sei im Neuaufbau seines Staatswesens dem Beispiel anderer Staaten gefolgt; aber es müßte dabei seine eigenen Wege gehen und seine eigenen Mittel anwenden. Litauen habe niemals ein kapitalistisches Ziel verfolgt; es sei, als ob es diese höhere Stufe der Menschheitsgeschichte durch den Umkehrpunkt hätte. Der Kapitalismus werde in Litauen auch in Zukunft kaum irgendwelche Ausdehnungsmöglichkeiten besitzen. Von Anfang an habe der Staat entscheidenden Einfluß auf den Aufbau, die Entwicklung und Organisation des litauischen Wirtschaftslebens genommen. Weil die Staatskasse überall der Allgemeinheit zu Hilfe komme und den Ansporn zur Hilfe auch anerkenne, sei die Arbeitsgemeinschaft verpflichtet, in der Privatwirtschaft die von der Regierung gemieteten Wege zu gehen. Litauen müsse in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung eine organisierte Allgemeinheit werden. Es müßte die ihm eigenen hohen Fähigkeiten entwickeln, damit die anderen Völker sehen, daß Litauen nicht umsonst lebe und nicht umsonst einen Platz auf der Erde einnehme. „Das Ziel unserer Nation ist der moderne Völkervertrag.“ Der Vertrag selbst folgen will, muß auf der Wacht für Litauen stehen. Die geographische Lage unseres Landes ist so, daß es ständig gefährdet werden muß. Wir sind kleine unter Großen. Wir müssen also kräftig sein, damit wie uns und unsere Grenzen schützen können. Wie Litauen im Mittelalter groß war, neu es gute Zuhilfenahme, so müssen wir unsere Nation jetzt so ordnen, daß ihr auf allen Gebieten zureichende Führer heranzubilden.“

Die völlige Selbstbeherrschung des litauischen Volkes ist durchaus notwendig, wenn Litauen imstande sein will, sich als Staat und Volk der polnischen Litauen- und Überfremdungspolitik zu widersetzen zu erlauben. Deutschland hat einmal die völkischen Erneuerungsbewegungen dieser vom Polen- und Großrussenland „verhungernden“ Nation seine Unterstützung gegeben; es hat dem litauischen Volk zu seiner staatlichen Aufrichtung verholfen; und es hat auch heute kein Interesse daran, das innere Werden des litauischen Volkes zu fördern oder dessen politische Unabhängigkeit zu bedrohen. Es ist daher völlig unverständlich, was Staatspräsident Smelona in seiner erwähnten Ansprache über den Nationalsozialismus gesagt hat: Der Nationalsozialismus sei aggressiv; er wolle nicht nur die Rückgewinnung der verlorenen Gebiete, sondern er wolle im Osten darüber hinaus noch mehr Land gewinnen, und zwar im Baltikum und in Rußland. Der Nationalsozialismus proklamiere eine „spontane politische Revolution“ in Deutschland aber, meint er, sei das Wort „Rasse“ offenbar noch recht unvollständige Vorstellungen verbindet, hätten „eine sehr gemischte Rasse“: Germanen, Slaven, Preußen usw. Das hindere jedoch die Nationalsozialisten nicht, zu behaupten, daß die Ariar, die Deutschen, ein von Gott auserwähltes Volk seien, dem die erste Stelle auf der Welt gebühre. (Wo wird das beansprucht?) „Und dann“, röhrt Smelona, „die Moral der Nationalsozialisten! Jedes Mittel ist recht, auch das die deutsche Nation zu machen können. Recht das Recht, sondern die Macht! Ist schließlich die Besiegungen Deutschlands zu den Schwärzern regeln.“ Der Nationalsozialismus, sagt er, wolle die Angehörigen anderer Nationalitäten nicht germanisieren; er wolle nur ihr Land nehmen (H) Man glaubt, wenn man dieses krause Zeug liest, beinahe das geläufige Produkt eines jüdischen Alpbisblattes, nicht aber die Rede des litauischen Staatspräsidenten vor sich zu haben.

Der Memelkonflikt.

Durch die Dienstentlassung von 101 memeländischen Beamten reichsdeutscher Staatsangehörigkeit hat sich die litauische Regierung einen neuen großen Rechtsstreit mit dem Reichsstreit zuführen kommen lassen. Die Dienstentlassung, die praktisch die Ausweisung bedeutet, ist nicht als das litauische Ausländergesetz, welches vorsieht, daß es in Litauen künftig dem Innenminister und im Memelgebiet dem Gouverneur überlassen sein soll, zu entscheiden, ob ausländische Staatsangehörige im Dienst belassen werden sollen oder nicht. Arbeitsgenehmigung soll im Ernst werden, wenn es „im Staatsinteresse notwendig“ ist oder wenn die Deutschen durch Litauer nicht ersetzt werden können.

Run sind reichsdeutsche Beamte hauptsächlich bei den memeländischen Schulen und Gerichten tätig. Schon mit diesem litauischen Gesetz ließ sich die Entlassung der deutschen Beamten nicht vereinbaren. Was das Schulwesen anlangt, deshalb

„In der Memelgegend, die von Litauen her durch den Reichsstreit in die litauische Staatsangehörigkeit übergegangen ist, besteht nicht, weil in Memelgebiet deutsches, in Litauen tatsächlich es Recht gilt, weil also weder in Schule, noch im Gericht wirklich geeignete litauische Kräfte vorhanden sind, die an die Stelle der entlassenen Deutschen treten könnten. Darüber hinaus bedeutet aber das litauische Ausländergesetz als solches eine Vertreibung des Memelgebietes. Demgemäß hatte die Reichsregierung bereits im März 1923, dem Reichstag ein Gesetz über die litauische Regierung vorgelegt. Die einseitigen Verhandlungen blieben jedoch ohne Erfolg. Die Rechtslage bei der jetzigen Entlassung der reichsdeutschen Beamten im Memelgebiet ist im einzelnen folgende:

1. Nach Artikel 5 des Memelgesetzes steht das Recht der Einstellung und Entlassung von Beamten dem Memelgebiet zu. Hieraus ergibt sich, daß der litauische Gouverneur des Memelgebietes, dessen Amtsbereich sich bis litauisches Souveränität in diesem Gebiet zu wahren, seine Befugnisse überschreitet, wenn er das Memelgebiet ausweist, was dem Memelgebiet einzuwickeln und zu entlassen.

2. Bei den Beamten des Memelgebietes ist zu unterscheiden zwischen solchen, die in den der litauischen Regierung unterliegenden Dienstzweigen angestellt sind, und solchen, die im Dienst der Reichsregierung sind. Die Reichsregierung hat die litauische Regierung hat sich auf Grund des Artikels 28 des Memelgesetzes verpflichtet, die in ihrem Dienst befindlichen Beamten der Eisenbahn-, Post-, Grenz-, Zoll- und Hofverwaltung, sowie die Bürger des Memelgebietes sind und am 1. Januar 1924 angestellt worden, beizubehalten. Hinsichtlich der dem memeländischen Verwaltungen unterstellten Beamten bestimmt der Artikel 28, daß die mehrerwähnten Rechte aller Beamten und Angestellten, die am 1. Januar 1923 im Memelgebiet angestellt waren, von den Behörden des Memelgebietes anerkannt werden. Zu diesen mehrerwähnten Rechten gehört in erster Linie das Recht auf lebenslängliche Anstellung, das seitens der litauischen Regierung bisher auch nicht bestritten worden ist. Auch die nach dem 1. Januar 1923 eingestellten Beamten genießen die gleichen Rechte.

Eine Sonderstellung nehmen die Lehrer ein. Diese Sonderstellung hat bereits vorbestehend zu Meinungsverschiedenheiten zwischen der deutschen und der litauischen Regierung geführt. Nach dem Wortlaut des Artikels 31 des Memelgesetzes ist eine Anstellung ausländischer (sprich: reichsdeutscher) Lehrer bis zum 1. Januar 1923 möglich gewesen. Nach diesem Datum sollten die Lehrer von den Behörden des Memelgebietes mit Zustimmung der litauischen Regierung eingestellt werden. Es ist also unrichtig, zu behaupten, daß die Besetzung der Memelgebiete und Entlassung von Beamten den Direktorium, jedoch, keinesfalls kann daraus gefolgt werden, daß die litauische Regierung fordern könnte, Lehrer zu entlassen, die vor dem 1. Januar 1923 angestellt waren. Diese Lehrer können im Gegenteil verlangen, daß ihre mehrerwähnten Rechte anerkannt werden.

Wer einen Einblick in Geschichte und

Wesensart des deutschen Ostens erhalten

will, besuche die große Ostausstellung in

Berlin, Lothringer Straße 1

Nähe Hauptbahnhof

Die Ausstellung ist täglich von 10—20 Uhr (auch Sonntags) geöffnet. Eintritt nur 0,20 M. Die Ausstellung ist am 1. Januar 1924 geschlossen.

Führungen werden nach vorheriger Vereinbarung veranstaltet. Ferner: Weidenbamm 9730/31. Für Mitglieder des BDO ist bei Besuche der Ausstellung selbstverständlich Pflicht.

Aufoverkehr und Autowirtschaft in den deutschen Ostprovinzen.

Die Föhrung des deutschen Wirtschaftskörpers, die unter einem energiegelassen und in politischer Geistesrichtung verankerten Regierungssystem bis in das Jahr 1933 hinein immer weiter um sich griff, machte sich in erfreulicher Weise auch im Kraftverkehr der deutschen Ostgebiete bemerkbar. Nicht umsonst aber fast nun, Laß gerade die Motorisierung des Verkehrs in der Zeit der letzten Jahre vor dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise eine bemerkenswerte Entwicklung eines Kulturgebietes, und wenn wir uns in Anfang anderer Darstellungen sagen können, daß das II. und III. Vierteljahr 1933 bereits wieder um 4 v. H., bzw. 5,5 v. H. mehr Anträge auf Zulassung von neuen Personen- und Volkswagen in den Provinzen Ostpreußen, Grenzmark Posen-Westpreußen und Schlesien gebracht haben, denn kann man erstrebenswerterem in früherer Vergangenheit in der ostpreussischen Autowirtschaft auch die Zuerstficht stellen, daß wir den Wendepunkt bereits erreicht haben.

Bemerkenswert war vor allen Dingen in der Periode abholtenen Wirtschaftslage und Kulturverfalls im Osten die starke Zunahme des ausländischen Autoverkehrs in unseren Ostprovinzen. Das war keineswegs etwa als eine gelandete Erscheinung eines erkrankenden Fremdenverkehrs anzusehen, sondern als Beweis dafür, daß die Wirtschaft im beschwerlichen Osten den Verdienst fremder Geschäftsmänner fürchtete, daß Fremde wieder einmal dabei waren, am deutschen Land sich zu bereichern. Während nämlich die Zahl der neu zugelassenen deutschen Kraftwagen bis hinein in den März 1933 in diesen Gebieten immer mehr sank, stiegen die Zahlen für die Einreise ausländischer Kraftwagen aller Kategorien bis zum gleichen Zeitpunkt in auf-fallender Weise. Das zeigt nachfolgende Tabelle:

Gebiet	Zeit	Anfang der Zulassung neuer Kraftwagen		Zunahme fremder Kraftwagen in 6 Monaten	
		1932	1933	1932	1933
Ostpreußen	1/1930	16,5	+ 7		
	1/1931	12	+ 18,5		
	1/1932	18,9	+ 12		
	1/1933	22,5	+ 7,5	Zunahme	11,5
Westpreußen-Grenzmark	1/1930	9,5	+ 17		
	1/1931	14	+ 22,5		
	1/1932	21,5	+ 26		
	1/1933	24	+ 16,5	Zunahme	7
Schlesien	1/1930	20,3	+ 12		
	1/1931	20,3	+ 29		
	1/1932	15	+ 14,8		
	1/1933	22,5	+ 45	Zunahme	8,2

Wir haben also gesehen, daß die ersten energiegelassen Maßnahmen der nationalen Regierung in Deutschland sofort das inländische Autoverkehrsbildung förderten, dagegen den Fremdenverkehr Kraftwagenverkehr von unseren Grenzländern im Osten fernhielten, ein Verkehr, der gar nichts zu tun hätte mit gewinnbringendem Touristenverkehr. Darüber muß man sich klar sein, wenn man den großen Einfluß einsehen will, der darin liegt, daß in Ostpreußen in diesem Jahre wieder um fast 12 v. H. mehr deutscher Kraftwagen im ländlichen Verkehr sind, in Westpreußen und der Grenzmark um 7 v. H., und in Schlesien um mehr als 8 v. H., während in letztgenannter Provinz 45 v. H. fremdländischer Fahrzeuge, die im Jahre 1932 ihre Besitzer noch nach Ostdeutschland brachten, jetzt aus diesem Ostverkehr ausfallen.

Wohl man den Charakter der Autowirtschaft des deutschen Ostens richtig darlegen, so muß man besonders darauf hinweisen, daß von allen neu zugelassenen Fahrzeugen dieser Art nur etwa 10 v. H. dem reinen Verkehrs- und Vergnügungsverkehr dienen, weitere 10 v. H. der touristisch-wirtschaftlichen Diensten vorbehalten sind, während der überwiegende Teil in der allgemeinen Wirtschaft Verwendung findet. Es ist deswegen auch sehr erwidernsmerk, daß von allen motorischen Fahrzeugen, die in den Ostprovinzen gekauft werden, im Jahre 1932 rund 40 v. H. Volkswagen und landwirtschaftliche Motorfahrzeuge darstellten, während weitere 25 v. H. in Gewerbe- und Betriebszwecken besonders Art verwendet wurden, also nur 25 v. H. lediglich für Privatverkehr in Dienst gestellt wurden. Das ist in den übrigen deutschen Provinzen wesentlich anders, und der harte, arbeitsschwere Charakter dieser östlichen Provinzen drückt sich auch hier in der Autowirtschaft aus. Es ist zudem bezeichnend, daß fast durchweg Wagen leichter Bauart und großer Leistungsfähigkeit in den Ostgebieten den meisten Absatz finden, während das leichtere aber elegantere Sportmotorfahrzeug dort nur wenig Absatz aufzuweisen vermag hat.

Besonders wichtig ist die Tatsache, daß in den letzten sechs Monaten das bedeutliche Vor sich gehen des modernen Kraftfahrzeuges ganz erheblich gesteigert hat. So entfielen in den ostpreussischen Mittelstädten über 5000 Einwohner im Jahre 1932 noch auf je 100 Einwohner erst 2 Kraftwagen und 2 Motorräder, während im September 1933, in diesen ostpreussischen Städten auf die gleiche Einwohnerzahl hin mehr als drei Autos und mehr als zwei Motorräder entfielen. Das ist ein sehr wichtiger Fortschritt; denn gerade diese östlichen Mittelstädte sind nun von der Motorisierung bisher erheblich ausgeschlossen geblieben, was es doch in Ostpreußen selbst in den Dörfern unter 800 Einwohner schon auf je 100 mehr als drei Autos im Durchschnitt für die ganze Provinz. In Schlesien lagen diese Zahlen immer

schon bedeutend günstiger, auch die Verschwendung des industriellen Charakters dieses Landesleiste bedingte schon die Anschaffung von bedeutend mehr Volkswagenfahrzeugen, als man sie in Ostpreußen und der Grenzmark Posen-Westpreußen benötigte, wo der Kraftschlepper dagegen eine Hauptrolle der Anwendung innerhalb der deutschen Grenzprovinzen spielt.

Der Kraftschlepper ist heute in Deutschland in etwa 130 000 Einheiten verteilt und wird praktisch besonders in den landwirtschaftlichen Provinzen zur Befolgsleistung und Erleichterung der agrarischen Arbeiten verwendet. Von dieser Rolle entfallen auf die Ostprovinzen etwa 18 v. H., was gegen die Jahre 1930/31 schon eine erhebliche Verbesserung der landwirtschaftlichen Arbeitsverhältnisse der Ostprovinzen bedeutet. Es ist nur allzu verständlich anzunehmen, daß jetzt durch staatliche Beihilfe auch den Kleinbauern im Osten die Befolgsleistung von Kraftschleppern ermöglicht wird, wenn nachgeholfen werden kann, daß damit eine unmittelbare Bereicherung des Boden-ertrages geschaffen werden kann. Diese Hilfsaktion für den ostdeutschen Bauern hat die nationale Regierung in der deutschen Ostprovinz schon im Jahre 1930/31 durch die Gewährung von Kreditschulden für die Anschaffung von Kraftschleppern ermöglicht, und die Anwendung dieser Fahrzeuge für agrarische Spelzleistungen zu erzielen. Die ersten Erfolge liegen denn auch bereits vor.

Dabei hat diese Hilfsaktion der nationalen Regierung zwei Folgen mit einer Kloppe geschaffen. Denn der Aufschwung, den die ostdeutsche Autowirtschaft selbst in den letzten acht Monaten erlebte, ist nur der Wille einer Scheinkonjunktur aus den Jahren 1924—1926 zu vergleichen, wobei aber die damalige Aufschwung wesentlich andere, festere und ehrliehre Selbsttätigkeit. In Ostpreußen wurden im Jahre 1933 vom 1. März bis zum 1. November für rund 7 Mill. RM. Autofahrzeuge jeder Art verkauft, davon gingen etwa 15 v. H. dieses Wertes in die benachbarten Länder, während der größere Teil heute in der ostpreussischen Verkehrslandschaft sitzt. In der Grenzmark Posen-Westpreußen wurden in der gleichen Zeit für etwa 3 Millionen Reichsmark jeber Art verkauft gegen nur 0,76 Millionen in den gleichen Monaten des Jahres 1932. In Schlesien war die Zunahme des Verkaufs neuer Autofahrzeuge nur sieben Teil erheblich gestiegen, wenn auch der Unterschied gegen das Vorjahr sich nicht so groß ausdrückt, wie in den beiden nordostdeutschen Provinzen. Hier kann eine Umsatzzunahme um fast 745 000 RM. in diesen acht Monaten zu Grunde, die nicht auf die Produktion von industriellen Volkswagen, sondern auf die ländlichen Geschäfte und zum kleineren Teil auf Volkswagen für den Verkehr ist. Es ist aber zu erwarten, daß gerade in Schlesien sich jeder Aufschwung der Autowirtschaft in Volkswagen recht gleichmäßig und anhaltend gestalten wird. In den ost- und westpreussischen Gebieten dagegen mit nach Aufschwung der Verkehrsfläche an wichtigen landwirtschaftlichen Kraftfahrzeugen der erzielte Fortschritt wohl stabilisiert, im Mittel der Umsätze aber auch stagniert werden. Man muß das als ganz normale Folge einer plötzlichen Aufwärtsbewegung ansehen, man muß aber auch rechtzeitig auf diese Lage aufmerksam machen, damit sie von neuen oder auch bösewilligen Gemütern nicht hinterher als Rückschlag angesehen wird.

Unter allen Umständen ist der Autoverkehr und die Autowirtschaft in den drei ostdeutschen Provinzen derzeit günstig wieder angekerbelt worden, das kann aus der Höhe der Zunahmen und Gewinne in Verkehr und Wirtschaft deutlich erhellen kann, daß es sich hier wieder um eine Gewalttat, nur um eine Maskierung eines Vermögensverlustes handelt. Das haben denn die Sachverständigen jenseits der ostpreussischen Grenzen längst eingesehen, und wenn man die politische und wirtschaftliche Lage der Ostprovinzen in Betracht zieht, wird man immer wieder den Hinweis auf die erlauchenden Vergleiche hinter den deutschen Grenzen finden, und der polnische „Auto-Kurier“ schreibt mit Recht folgende Zeilen unter Hinweis auf die deutschen Wirtschaftsvorgänge: „Wo Wege, da Handel, da Handel, da Wegebenutzung, wo Wegebenutzung, da eine aufblühende Fahrzeugindustrie. Wer die richtige Seite gefunden hat und sie für seine Wirtschaftssysteme anzuwenden vermag, darf gewiß nicht die Augen schließen. Erfolg kommt auch. Ein Mann in Europa darf diese Zusammenhänge längst erkannt gehabt, er eine Macht besaß, die ihn auch nur entfernt befugt hätte, seine Pläne zu aktivieren. Heute, wo er diese Macht hat, wagt er seinen Handel, indem er seine Pläne wieder herbeibringt und sie an die Spitze seines Wirtschaftsprogrammes setzt, das bei uns nicht als einseitige oder selbstbezogene, das schon der Einsatz der alten Phönizier gegen die alten Ägypter, der alten Griechen, Handel und Wandel, einige Mittel zum Endeziel auch Adolf Hitler, des Jodels der Deutschen.“ Und damit wollen wir dem „Auto-Kurier“ recht geben, wenn wir auch sonst mit ihm und seinen Tendenzen nicht einverstanden sein können. Deutschlands Osten muß auch neue Autowirtschaft und Autowirtschaft, der die deutsche Aufschwung in Autowirtschaft und Autowirtschaft, meiner Meinung nach, ein Ziel sein, das nicht nur Adolf Hitler wird dem deutschen Osten diese Wege gehen der Bau hat schon begonnen.

Dr. Herbert Schmidt-Camberg.

Heß spricht zu den Auslandsdeutschen.

Am Weihnachtsabend sprach der Stellvertreter des Führers, Reichsminister Rudolf Heß, über alle Deutschen Sender zu den Auslandsdeutschen in der Weihnachtsansprache. Der Heimatsender dem Teil des deutschen Volkes zum Ausdruck zu bringen, der freiwillig oder gezwungen außerhalb der Reichsgrenzen lebt. Aus der Rede des Ministers, der selbst Auslandsdeutscher ist, seien einige der wesentlichen Stellen hier wiedergegeben:

... Es ist notwendig, daß in der Heimat sich mehr als bisher Verhältnis für die Auslandsdeutschen verbessert. Wie darf es sich wiederholen, was kurz nach Kriegsende sich an einer Unterfertigungstelle für Auslandsflüchtlinge ereignete, mo ein Beamter zu den von Heß und Hof vertriebenen Deutschen aus Deutschland sagte: „Warum seid ihr hinausgeworfen? Das kommt denen!“ Und nie darf es sich wiederholen, daß wie einst da und dort Deutsche im Auslande größere Hilfe bei einem fremden Konsulat fanden als beim eigenen. Götze und vielleicht größer als die materielle Not war in den Jahren nach dem Kriege die seelische. Nur wer draußen mit fremden Völkern lebte, weiß, was es bedeutet, der Betrachtung der Unmisse ausgesetzt zu sein, weil die Heimat hinter ihm Verachtung verbietet... Götze, heute leid ihr Auslandsdeutschen draußen noch umgeben von einem glatten Heil teils durch das Wirken der gleichen, denen ihr einst eure Entgegnung verbannt. Aber ihr fühlt, daß hinter dem Haß wieder die Abtugung steht vor eurem Vaterland und die Bemüderung für den Mann, der vieles Wohl begreifen hat. Ihr könnt nicht in wieder ererbten Sockeln und noch nicht stolzes mühen anderen Nationen menden, weil eure eigene Nation wieder den Begriff der „Ehre“ kennt. Das Wunder ist gefahren: Es ist ein neues Volk erstanden in der Heimat... Auch nie hat das deutsche Volk so im Geiste des wahren Sozialismus zueinander gefunden wie in dem großen Winterkrieg, das die schlimmste Not und das größte Elend bann. Ihr Auslandsdeutschen habt jahrelang dem die eure Verbundenheit bewiesen, denn ihr tragt auch die schwersten Ringens in großem Stil Opfer zu dem Werk beigetragen habt. Die Heimat dankt euch dafür...

Jeden Jahre konnte ich verfolgen, mit welcher Tätigkeit Adolf Hitler an der Erreichung einmal gefasster Ziele arbeitet. Sein vorbildhaftes Ziel ist ihm aber, Deutschland und darüber hinaus Europa einem mickrigen Frieden zu sichern.

da ein neuer Krieg bolschewistisches Chaos und das Ende aller Kultur, vielleicht weit über Europa hinaus, bringen müßte. Es gehört zum wichtigsten Charakter dieses außerordentlichen Mannes, unter Verzicht auf diplomatische Winkelzüge der Welt frei heraus seine Absichten mitzuteilen. Er erklärt, den Frieden zu wollen, und das beweist, daß Sie ihm glauben dürfen. Abernfalls vermöchte ich nicht, in der Heiligen Nacht, in der dem Frieden auf Erden gemehlten Nacht, zu einer noch Frieden darüber zu reden.

... So lenkt die Weihnachtsgrüße hinaus an die Deutschen diesseits und jenseits der Grenzen, an alle, die deutsch fühlen; denn deutsch sein, heißt deutsch fühlen und nicht nur deutsch reden. Mit den Weihnachtsgrüßen verbindet sich den Dank der Heimat an die Auslandsdeutschen für ihr oft so schmerzes Wirken draußen. ... Es kann nicht anders sein, als daß jedes Leid der deutschen Volksgruppen draußen seinen Widerhall im Reich findet, daß aber auch jedes glückliche Zusammenwirken der deutschen Volksgruppen mit ihren Heimatlauten bei uns ein freundliches Echo weckt. Jedem Deutschen draußen aber würde ich die Kraft, auf dem Weg, auf den ihn das Schicksal gestellt hat, zu bleiben und zu wirken, so stark er sich auch gegenwärtig zu uns zu bringen.

Obwohl die Deutschen Ostsee an sie nicht in den Auslandsdeutschen zählen, will ich einen Gruß an sie wiederholen, den ich getraue noch von der Zugspitze aus schweigend über die majestätischen, versteinerten Gipfel der deutsch-böhmerischen Alpen hindüberleiten. Wir wissen, wie treu ihr deutschen Brüder zu unserer Weltauffassung steht trotz aller Versuche, euch in Gegenwart zu uns zu bringen. Wir wissen, wem überhöht schmerzes Leid ihr besonders in den Grenzgebieten wirtschaftlich und darüber hinaus vor allem jedoch ausgeliefert seid. Wir sehen noch aufrichtiger Bemüderung, wie ihr trotz allem nicht verzweifelt und nie tapfer ihr die Opfer tragt, die der wahren Heimat und um der Zukunft eurer Kinder und Kindeskiner willen...

Wie noch waren Heimat und Auslandsdeutschtum in Gegenwart zu uns zu bringen. Wir wissen, wem ersten Weihnachts im neuen Reich, im Reich Adolf Hitlers. Auslandsdeutsche, hört, die Heimat dankt euch, die Heimat dankt euch!

Ostland-Woche.

Dillwiski und die Verfassungsreform.

Die Verfassungsreform lehnt der polnischen Regierung noch erhebliche Schwierigkeiten zu machen. Das Seine ist keine zureichende Mehrheit zu finden. Der Stimmen der dillwischen Abgeordneten kann die Regierung zwar sicher sein und annehmen hofft sie auch darauf — vielleicht gegen einige Julagen auf minderheitspolitisches Gebiet — die Stimmen der deutschen Abgeordneten gewinnen zu können. Aber im Regierungsklub selbst hat offenbar noch keine einheitliche Auffassung in der Verfassungsfrage erreicht werden können. Ende Januar n. J. soll ein großer Kongreß aller dem Regierungsklub angehörenden Verbände in Warschau stattfinden, auf dem den provinziellen Zweiggruppen Gelegenheit gegeben werden soll, zu dem Entwurf Stellung zu nehmen. Gleichwohl beabsichtigt die Regierung, mit Beginn des nächsten Jahres in ganz Polen einen großen Werbefeldzug für die Verfassungsreform zu initiieren. Bezeichnend für die Situation ist es, daß noch niemand in der Ostland- und Ostpreußen-Regierung Dillwiski zu dem Verfassungsentwurf seiner führenden Regierungsblokkette vorlegt. Eine Beantwortung der an ihn gerichteten Frage, wie der Marshall den Entwurf beurteile, lehnte der Abgeordnete und ehemalige Justizminister Car als „indiskret“ ab.

3654 Proteste gegen die polnischen Gemeindevahlen.

Der Verwaltungsausschuß des Vorherrscher Seims hatte sich mit den zahlreichen Protesten der Oppositionsparteien gegen die Gemeindevahlen zu befassen. Der Sprecher der nationaldemokratischen Opposition benutzte diese Gelegenheit, um heftige Bemerkungen gegen die Regierung zu erheben, die durch ihren Beantwortungsversuch in vielen Fällen auch durch die Verleumdung der Wahlen in unzulässiger Weise beeinflussten sollte. Als besondere Wahlmissbräuche nannte der Redner die zu späte Bekanntgabe des Wahltermins und vor allem Zuschüßungen bei den Zählungen der Wahlergebnisse. Die Opposition fordert die Unzulässigkeitserklärung sämtlicher Wahlen. An Beantwortung dieser Angriffe gab der Sprecher des Innenministeriums zu, daß ordnungsmäßig eingehendste Wahlprozeduren in allen der Ostland- und Ostpreußen-Regierungsmäßig haben, vorliegen. Die Gesamtheit der Proteste beläuft sich auf 3654. In 466 Ortschaften habe das Innenministerium die Wahlen für teilweise ungültig erklärt und in 190 Ortschaften für vollständig ungültig.

Das Genossenschaftswesen in den Westgebieten.

Nach dem „Kurier Warschau“, der sich hierbei auf die letzte Statistik des „Watrons des Verbandes der Genossenschaftlichen aus dem Jahre 1935“ stützt, gab es in der Wojewodschaft Posen 291 polnische Genossenschaften mit 5473 Mitgliedern, 219 deutsche Genossenschaften mit 13350 Mitgliedern; in der Wojewodschaft Polen 356 polnische Genossenschaften mit 204232 Mitgliedern, 434 deutsche Genossenschaften mit 28752 Mitgliedern; in der Wojewodschaft Schlesien 322 polnische Genossenschaften mit 66137 Mitgliedern, 45 deutsche Genossenschaften mit 11376 Mitgliedern. In den letzten Jahren sei eine zahlenmäßige Veranschaulichung zu sehen in der Zahl der Genossenschaftlichen eingetragenen, deren Zahl sich trotz der Krise nicht nur nicht vermindert, sondern sogar zugenommen habe, während das polnische Genossenschaftswesen unter dem Einfluß der wirtschaftlichen Umwälzung eine Einschränkung erfahren habe. Betont werden muß, so schreibt der „Kurier Warschau“, die bemerkenswerte Erscheinung, daß die deutschen Genossenschaften „wenn der vom ansehbarer der Grenzen der Republik erhaltenen Kreditfähigkeit nicht nur ihre Zahl habe erhöht, sondern sogar den Bereich ihrer Tätigkeit habe erweitern können.“

Reichsautobahn in der „wichtigen Provinz des Reiches“.

Einige Tage vor Weihnachten wurde an der Straße Pombornbrösel-Ebing, neun Kilometer von Ebing entfernt, mit dem Bau der Reichsautobahn Königsberg-Ebing begonnen. An dem festlichen Arbeitsbeginn nahmen u. a. Oberpräsident Gauleiter Erich Koch und der Danziger Senatspräsident Hermann Raufschning teil. Der Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen Dr. E. Cobi hielt bei dieser Gelegenheit die von verfilmter Rede eine Ansprache, in der die Bedeutung des Straßenbaus für Ostpreußen hervorhob: „Man hat gefragt, weshalb wollt ihr hier im Winter in Ostpreußen bauen, weshalb geht ihr den Männern jetzt Arbeit, wie ihr doch wißt, daß ihr sie wieder nur Hause schicken müßt, wenn es zu kalt wird? Das müssen wir auch, aber wir müssen eben so, daß gerade im Winter die meisten ohne Beschäftigung sind, und wir müssen, daß durch das Soljfall in Ostpreußen ein solches einmalige Arbeitsbeschäftigung zu erreichen. Arbeit bekommen können.“ Deshalb durften wir nicht zögern. Weiter fragte man, warum müßte ihr ausgerechnet in Ostpreußen mit dem Bau der Reichsautobahn beginnen, wo der Verkehr doch schon ist und die Straßen für ihn noch genügen. Weshalb baut ihr sie nicht im Reich,

no das Bedürfnis nach ihnen mehr hätte? Ich antworte: Ostpreußen ist nicht ein entlegener Zipfel, sondern die wichtigste Provinz des Reiches. Wenn sich die industriellen Maßnahmen erst auswirken werden, die der Oberpräsident plant, dann werden sie in drei bis fünf Jahren einen Verkehr hier haben wie im Reich. Die rasche Inangriffnahme der Arbeit denken wir in erster Linie dem Oberpräsidenten, aber auch den Reichsregierungen und dem nationalsozialistischen Denken ihren Vorden zur Verfügung gestellt haben.

Oberpräsident Koch erklärte: Wir Ostpreußen sind stolz, daß die dritte Reichsautobahn in unserer Provinz erbaut werden soll. Dank der großzügigen Initiative der Reichsregierung und der planvollen Arbeit des Generalinspektors ist es möglich, vielen ostpreussischen Arbeitskameraden Arbeit und damit lässliches Brot zu geben. Für unser Ostpreußen hat die Reichsregierung aber noch weit mehr und besonders Bedeutendes. Sie verbindet uns mit den Brüdern in Danzig. Auch die Reichsautobahn wird dazu beitragen, die fruchtvolle wirtschaftliche Zusammenarbeit, die bisher auch schon bestand, weiterhin zu gewährleisten. Weiter hoffen wir, daß diese Autobahn im Rahmen der Industrialisierungsmaßnahmen nicht in Königsberg enden wird, sondern daß sie in den östereuropäischen Raum vorrücken wird, um die Völker dieses Raumes noch härker in wirtschaftlicher Hinsicht mit Ostpreußen zusammenzuführen.

Regulierung des Raureis geplant.

Das Warshawer Verkehrsministerium hat beschlossen, in Frühjahr 1934 größere Arbeiten zur Regulierung des Raureis-Stilles zu leisten und sich hierzu bis zum 1. Oktober 1934 an die Arbeit zu nehmen. Die Arbeiten, die auf drei Jahre veranschlagt werden, sollen die Möglichkeit der Holzexportierung auf dem ganzen Laufe des Raureis, ferner aus dem staatlichen Fortschritt im Dialekt der Uralmünde schaffen. Sie sollen teilweise aus den Geldmitteln des Staatlichen Arbeitsfonds, teilweise mit den beigetragen werden an den staatlichen Wasserbauverbänden europäischer Staaten, die die Direktion der polnischen Staatsfernen, die an den Raureislauf anliegenden Kommunen und Kommunalverbände sowie die interessierten Grundbesitzer beteiligen werden.

Der Deutsche Volksbund für Ostoberschlesien.

In Kattowitz fand am 18. Dezember die Generalversammlung des Deutschen Volksbundes für Ostoberschlesien statt. Der Geschäftsjahr, Abgeordneter Dr. Ullrich, gab einen umfangreichen Geschäftsbericht für die Zeit vom 12. Juni 1932 bis 15. Dezember 1933. Die Mitgliederbewegung im Deutschen Volksbund habe einen großen Aufschwung erfahren. Während am 15. Mai 1933 der Volksbund über 20 000 Mitglieder hatte, zählte er gegenwärtig über 27 000. Der Deutsche Volksbund ist in mehr als 2000 Mitglieder auf und der Deutsche Kultur- und Umsiedlungsbund hat insgesamt 40 200 Mitglieder. Von den Institutionen des Volksbundes habe die Rechtsabteilung die größte Zuwachsbilanz zu verzeichnen.

Die Judenfrage in Polen.

Daß die Judenfrage eines der brennendsten polnisch-polnischen Probleme Polens ist, ist nunmehr aus einem von einem in Regierungsarbeit lebenden Juden veröffentlichten Gebot festzustellen. Die nationaldemokratische „Gazeta Warszawska“ hatte kürzlich einmal klipp und klar die rasche Entfernung aller Juden aus Polen gefordert. Nicht ganz so groß, aber doch von denselben Gedanken und Überlegungen ausgehend, hat sich jetzt auch das „Wielozna“, „Siema“ geäußert. Dort hat Professor Studnicki geschrieben:

Die Erleichterung der jüdischen Auswanderung aus Polen und die Schaffung einer jüdischen Heimstätte in Palästina sei eine gemeinsame polnisch-jüdische Aufgabe. Das Judentum habe in Polen sehr ungünstige Existenzbedingungen. Durch eine jüdische Bevölkerung von 3 Millionen werde Polen mit dem Verlust seiner völkischen Eigenart und mit dem Verlust in jüdischen Händen, und auf den Gebieten der Kunst und Wissenschaft, des Schrifttums und des Ehestands des Judentums durch eine jüdische Überflutung. Anzeichen der Überflutung des polnischen Dorfes sei die Judenfrage für Polen im Wege der inneren Siedlung unlösbar, die Enttarnung dieser Frage müsse sich daher mit Rotwendigkeit verschärfen. — Diese Ausführungen Studnickis berühren sich übrigens mit den Forderungen, die vor einiger Zeit in einer Kampfschrift polnischer Juden schon wurden und die darauf abzielten, die jüdische Frage als einen Staat für die Übernahme des Mandats über Palästina zu lösen.

Ein Warshawer Judenblatt, der „Moment“, berichtet über die Ziele und die Entwicklung des jüdischen Widerstands „Hizkutzim“. Der im Jahre 1923 gegründete Verband ist gegenwärtig in 26 Ländern tätig. Er umfaßt zurzeit 1100 Abteilungen mit 65 000 Mitgliedern, wovon auf Polen nicht weniger als 65 700 Abteilungen und 40 000 Mitglieder entfallen. Die vor-

Die Zahl der Beschwerden habe sich nicht verringert, dagegen seien die Ursachen der Beschwerden gegen früher völlig anders. Statt der früher außerordentlich zahlreichen Schulbeschwerden handle es sich jetzt um Beschwerden wegen der unterrichtlichen Behandlung seitens der Verwaltungen bei Entlohnungen und bei Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung.

Zur Schulfrage Stellung nehmend, erklärte Ullrich, Polen erhebe auf die unzureichenden Arbeitslosenanspruch, merkte sie als nationale Polen und verlange, daß deren Kinder den polnischen Schulen zugewiesen würden. Der Volksbund dagegen trete für diejenigen zweisprachigen Oberschüler ein, die sich aus freien Stücken zum Deutschstum bekennen. Deren Kinder hätten vortreffliche Chancen auf den besten Unterricht, und man müsse verlangen, daß sie innerhalb ihrer Familie die deutsche Sprache pflegten. Über den Stand des Schulwesens am 1. Dezember 1933 lag der Bericht, daß sich in Ostoberschlesien 54 öffentliche Volksschulen, 2 Mittelschulen, 5 höhere Schulen, 15 private Volksschulen und 6 private höhere Schulen mit zusammen 15 842 deutschen Schülern befänden. Bei den diesjährigen Ummeldungen wurden 1282 Kinder aus den polnischen Schulen in die deutschen umgemeldet. Von diesen Ummeldungen wurden jedoch nur 831 Anträge für gültig befunden.

Polnische statt deutsche Bibel.

Die deutsche Altabibel in der evangelischen Kirche in Warschau ist jetzt durch eine der sehr seltenen alten polnischen Bibles „eine sogenannte Kachibibel“ ersetzt worden. Der „Wojacz“ betrug „Deutsche Kachibibel“ schreibt dazu: „Mit der Entfernung der deutschen Altabibel aus ihrer von den deutschen Brüdern erbauten evangelischen Kirche hat die Warshawer evangelische Kirche den letzten äußeren Rest deutscher Tradition zerstört. Ergeben kann sie damit das geschichtliche Werden ihrer Kirche und Gemeinde nicht rückgängig machen. Was die Ummeldungen des vergangenen nichts wissen will.“

Vater Kempfs Aufenthaltserlaubnis verlängert.

Der Frankfurter Vater Kempf, dessen Ausweisung aus Polen gemeldet wurde, wird in Polen bleiben. Kempf ist Reichsdeutscher; in seiner Hand liegt die kirchliche Betreuung der katholischen Deutschen in Polen und die religiöse Unterweisung der dortigen katholischen Schulkinder. Der „Wojacz“ schreibt: „Die Ummeldungen der jüdischen Stellen ist es gelungen, eine vorläufige Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis für Vater Kempf bis zum 1. März 1934 zu erlangen.“

Die Auswanderung aus Polen.

Im den ersten zehn Monaten des laufenden Jahres mandierten aus Polen 31 548 Personen aus, von denen 111 963 nach Frankreich, 6489 nach Palästina und 555 nach Deutschland gehen haben. Dieser Auswanderung aus der ersten Zeit des Jahres ist die Zahl von 15 925 Personen nach Polen gegenüber, von denen 855 aus Frankreich, 1940 aus Argentinien und 845 aus Deutschland kamen. Die Rückwanderung aus Palästina betrug nur 37 Personen.

nehmte Gleichung des Verbandes ist die Bildung eines jüdischen Reiches auf beiden Ufern des Jordans und die Verteidigung der jüdischen Belange in Palästina und anderen Ländern. Die Verbände verpflichten ihre Mitglieder zur Ausbildung in verschiedenen Arten des Berufs.

Polnischen Vätermeldungen zufolge wird demnächst in Gdingen eine neue Zeitung zu erscheinen beginnen. Dieses Blatt ist zum Organ der in Gdingen wohnenden Juden bestimmt, deren Zahl schon recht groß ist und, wie verlautet, in nächster Zeit noch zunehmen wird.

Das Völkerbundsekretariat hat die Beschwerden des Juden Reichsmandats und des Juden Reichs Mandats zum Sündenbündnis, die diese im Frühjahr an den Völkerbund wegen angeblicher Verletzung von Bestimmungen des Genfer Abkommens durch die deutschen Behörden gerichtet hatten, der Gemischten Kommission für Ostoberschlesien in Katowitz zur Erledigung überwiesen. Der Fall Verheimlichung ist bekanntlich in den Genfer Vertragsbindungen im Mai und Juni d. J. eine besondere Rolle. Es handelt sich Verheimlichung, die den deutschen Behörden wegen angeblich unterschiedlicher Behandlung von Ostoberschlesien wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Rasse oder Religion gemacht wurden. Die Gemischte Kommission wird sich unter Vorbehalt von Bundesrat Colondar in kurzer Zeit mit den beiden Beschwerden befassen.

Für Ortsgruppen des BDO ist der Besuch der Ostaustellung Pflicht!

Der Parteitag der Freieitskämpfer in Estland.

Am der Woche vor Weihnachten hat in der estländischen Landeskapitalstadt Reval die erste Versammlung des Bundes der Freieitskämpfer stattgefunden. Sorgfältig und von lauter Hand vorbereitet hat die Leitung einen eindrucksvollen Parteitag einberufen und durch den Aufmarsch der 5000 Kämpfer und die Beteiligung von noch 2000 neuen Zuhörern hat die unermüdete Schlagkraft der Bewegung erneut dargestellt. Von den auf der Tagung gehaltenen Reden verdient die des Revaler Freieitskämpfersführers A. Sirik die weite Beachtung. Die Rede Siriks enthält neben programmatischen Ausführungen Richtlinien für die zukünftige Arbeit der Bewegung. Sirik betonte u. a.: Die Versammlung der Freieitskämpfer stehe im Zeichen des schonungslosen Kampfes gegen das System der Parteiführerschaft. Dieses System habe das Land an den Rand des Abgrundes geführt. Estland habe zurzeit 30000 Arbeitslose, der Umhalt in der Estland von allen Wirtschaftszweigen an erster Stelle stehenden Landwirtschaft sei um 37 bis 55 zurückgegangen, während ihre Schuldenlast die Liebe geliebten Juge und der Ertrag der landwirtschaftlichen Arbeit merke durch übertriebene Ausbeutung des Fischereihandels noch weiter vermindert. An Handel und Gewerbe finde eine unzureichende und einseitige Bevorzugung der Großbetriebe auf Kosten der Mittel- und Kleinbetriebe statt. Auf allen Gebieten der Volkswirtschaft merke ein ungeheurer Abbau zu betriebliehen, die Wirtschaft sei ohne Lebenskraft. Die Wirtschaftskrisen nun dann wirklich bekämpft werden, wenn der hinter allen Versäufelungen stehende marxistische Geist mit Stumpf und Stiel ausgerottet wird und völkisch-faustliches Denken an seiner Stelle trete. Die Hauptaufgabe der Freieitskämpferbewegung sei es daher, das estnische Volk von der irdischen Diktatur der Parteien zu befreien und zu einer starken, lebensfähigen Volksgemeinschaft zusammenzuführen.

A. Sirik kam hierauf auf die oft behauptete meinungsähnliche Abhängigkeit der Freieitskämpferbewegung vom deutschen Nationalsozialismus und vom italienischen Faschismus zu sprechen. Eine Ähnlichkeit zwischen diesen Bewegungen bestehe insofern, als der Deutsche, der Italiener und der Est in ihren politischen Forderungen voneinander unabhängig seien. Die eigene Erneuerungsbewegung sei aber auf zwei estnischen Gegebenheiten aufgebaut. Ihre Eigenmächtigkeit erhebe sich schon daraus, daß sie die Silbertrüge in einer dem estnischen Volksgestalt wahrhaft Demokratie angemessenen Weise löse, die von der deutschen und von der italienischen Lösung abweiche. Mit dem Kommunismus habe die Freieitskämpferbewegung das geringste zu tun. Sowjettum habe ein fremdschliches Wesen, das nur Bewegung der baltischen Nationalsozialisten ist. Die Freieitskämpfer nichts gemeinames mit Männern haben können, die wie die Wästen, Jahrhunderte hindurch Feinde des estnischen Volkes gewesen seien (1). Die Rede A. Siriks schließt mit dem erneuten

Hinweis darauf, daß der Präsidentschaftskandidat der Freieitskämpfer der General A. Parka sei. Der von anderer Seite oft genannte General Raiboner habe die langen Jahre der Spätkriegszeit hindurch niemals auch nur einen Finger gerührt, um der Rettung der Parteiführerschaft Einhalt zu tun, und daher sei dieser General trotz aller Verberung für den Heldern des Befreiungskrieges als politischer Gegner der Freieitskämpferbewegung anzusehen.

Die Tagung hat die Ergebnisse ihrer Arbeit in einer langen Reihe von Entschließungen zusammengefaßt, von denen die wichtigsten angeführt seien: Der Bauernrat bildet das Rückgrat und die Grundlage jedes gelunden Staatswesens und insbesondere eines Agrarlandes wie Estland. Die Landwirtschaft ist in jeder Weise zu fördern, die Wirtschaft zu entwickeln, die Wirtschaft ist unter Beibehaltung des Privateigentums und der Privatinitiative nach dem Grundsatz des Gemeinutes anzugehen, eine geschäftliche Anreizwirkung ist durchzuführen, in Handel und Gewerbe ist auf die Förderung von Mittel- und Kleinbetrieben mehr Gewicht zu legen als bisher. Die Jugendverberiehung ist nach nationalpolitischen Gesichtspunkten zu gestalten, und der Kirche eine ihrer Bedeutung angemessene Wirkungsmöglichkeit zu gewähren. Als Gekömb der Bewegung ist der Marxismus geistlich Art und Schattierung anzusehen, ihm und der Korruption in Staat und Wirtschaft ist der Kampf. In der Außenpolitik sollen freischichtliche Beziehungen zu allen Staaten gepflegt werden, die Estland gegenüber eine wohlwollende Einstellung an den Tag legen.

Die Bedeutung der Tagung liegt darin, daß die Freieitskämpferbewegung vor dem estnischen Volke sich erneut und in feierlicher Form zu Grundfragen bekannt hat, welche die Bewegung in eine Reihe mit den übrigen völkischen Erneuerungsbewegungen Europas stellen. Welche Wirkung diese Grundlegung von ein flarigen Kampfunlagen auf das betreffende System, wobei als treibender Geist dieses Systems, auch jenseits des hier bürgerlich gibt, der Marxismus erkannt wird. So wie die Freieitskämpfer ihren eigenen Präsidentschaftskandidaten aufgestellt und sich scharf von andersgerichteten Strömungen abgegrenzt haben, so werden sie auch bei den kommenden Kommunal- und Parlamentswahlen mit eigenen Wählergruppen auftreten. Die Romme als abstrakte Freieitskämpferbewegung, die die Listen bereits bekanntgegeben haben, stehen unmittelbar vor der Tür, und ihr Ergebnis wird als politisches Stimmungsbarometer für die bevorstehenden anstehenden Präsidentschen- und Staatsverfassungswahlen von größtem Interesse sein. — 19 —

Der polnische Aufstand in Posen.

(25. Fortsetzung.)

Von Hermann Pilschke.

Auf den Bahnhof nach Kogalen hatte der Stellvert. Kommandierende General zwei Offiziere geschickt, die die Weiterreise Paderewskis nach Polen verhindern sollten, die Hauptleute Reiche und Anderks. Sie teilten der Million mit, daß das Auswärtige Amt war die Reize nach Warschau geschickt habe, aber nicht über Posen. Der Auftrag nach Warschau führte aber über die Grenze. Reiche und Anderks versuchten, die Reize über Chorn fortzusetzen. Ein Zug stand für sie bereit.

Der englische Oberst Walske erklärte sehr bestimmt, daß er von seiner Regierung den Auftrag habe, über Posen nach Warschau zu gehen. An Posen müsse er zwei Herren erwarten, die über die Schweiz kämen. Er sei der Führer der Million und werde die Reize nach seinem Auftrag fortsetzen. Die beiden polnischen Offiziere ließen sagen, die Weiterreise Paderewskis sei ein unterstehen sich. Nach einiger Zeit kamen sie wieder und Hauptmann Anderks verles ein Telegramm des Auswärtigen Amtes Berlin, worin gegen die Weiterreise nach Posen Protest eingelegt wurde. Der Zug war in Kogalen über eine halbe Stunde festgehalten worden, Zeit genug, die Protestnote von Berlin zu erwarten. Sie war zwecklos, denn sie fand keine Beachtung. Man fand selber auch ein kleiner Stücklein Zeit, sich Paderewski anzuhören und so das Recht der polnischen Volks des Reiches wehren und Unheil abzuwenden. Es blieb eben bei papiernen Protesten.

In Posen hatte der deutsche Volkerrat sofort nach dem Bekanntwerden der Reize Paderewskis am 25. Dezember schriftlich Protest gegen sein Kommen nach Posen bei dem Stellvert. Kommandierenden General, Beck v. Polach, eingelegt und den Protest durch mündlichen Vortrag besonders dahin erläutert, daß bei der gereizten Stimmung der Bevölkerung Unruhen zu befürchten seien. Das Generalkommando hat sich nicht zu helfen gewußt. Es wartete, bis ihm die Ankunft der unruhigen Massen auf den Bahnhöfen bekannt war. Seine Maßnahmen kamen verspätet und waren dann noch völlig unzureichend. Beck v. Polach mußte wissen, daß Paderewski über Danzig kam. Ihm war ebenso bekannt, daß er sich in Danzig nach der Landung noch einige Zeit aufhielt. Es gab auch ein Generalkommando in Danzig, mit

dem er sich in Verbindung setzen konnte. Es konnte nicht schmerz sein, selbst wenn die fremden Herrschaften alle internationalen Gepflogenheiten außer Acht ließen, sie dennoch ausfindig zu machen und ihnen einen Zug nach Alexandrow zu weisen, die Reize nach Posen aber auf alle Fälle zu verhindern. Anstatt dessen ließ die Million erst in die ganze Richtung Paderewski durchreisen, verlegte hier vollständig mit lauter Protesten, von denen man von vornherein annehmen mußte, daß sie nicht gehört wurden. Auch in Kogalen wäre es noch möglich gewesen, den Zug rückwärts zu dirigieren, in Schneemittel anzumelden und ihn dann von dort aus nach Chorn—Alexandrow abzuschicken. Das Generalkommando aber, das in seiner ganzen Ineaktheit darauf eingeleitet sein muß, in unerwarteten Säulen der Gefahr sofort Wege zu finden, die abzuweichen, verlegte hier vollständig. Man soll nicht einwenden, daß die Bahnbahnen nicht mehr zuverlässig gewesen sind. Es gab ihrer immer noch genug, die jedes Vertrauen verdienen. Ich kann dafür bürgen, denn ich habe in schweren Tagen so manches trübende Beispiel von Treue und Aufopferung von ihnen erlebt. Aber das Generalkommando war vollkommen unfähig und unselbständig und fand sich darum nicht zurück.

Politik geschah, was man hat das Auswärtige Amt durch das Walfische Telegramm durch eine Erklärung gegeben. Danach hat die Reize der „Million“ nach Posen unter Bruch der Übereinkunft mit der Waffenhilfskommission stattgefunden. Auch

Offenstellung verlängert.

Die Offenstellung, die bis zum 10. Januar 1934 geöffnet bleiben sollte, wird um mehrere Wochen verlängert. Die Offenerstellung der Januar liegt eine große Anzahl Umänderungen von Sondererlägen aus dem Westen sowie aus dem Osten vor. Hunderte von Schulen, Organisationen, Verbänden aus Dänemark haben ebenfalls die Abfertigung der Anstellung noch im Januar zu befehlen, so daß die Notwendigkeit der Verlängerung gegeben ist.

seiner Darstellung hatte der Vorsitzende der englischen Waffenstillstandskommission lediglich freies Geleit für Paderborn aus und nach Warshaw beantragt. Die deutsche Regierung hat durch ihre doch für die Angelegenheit der Besatzung der polnischen Provinzen für den General Raking, der Vorsitzende der englischen Waffenstillstandskommission, im Auftrage des Auswärtigen Amtes in London den Obersten Wode telefonisch angewiesen, die Reise ohne Aufbruch nach Warshaw fortzusetzen. Die beiden Herren, die er über die Schweiz kommend ermahnte, blieben aus. So reiste er am 1. Januar 1919 ab, Paderborn und Berlin aber fuhr nach Spaa, um Devisen über das Geleit zu geben.

Nach der Darstellung unseres Auswärtigen Amtes Berlin hat also nur Paderborn das freie Geleit bekommen. Die englischen Herren wußten keine Begleitung. Wie konnte aus dieser Bemühen eine „englische Mission“ werden, die doch ganz für Paderborns „Platz“ hergestellt war, wie die Teilnahme des Majors Jeannons zum den Hauptstrassen zeigt, der doch sicher für eine besondere Aufgabe reiste? Nach den Worten der Engländer — wir können für allerdings nur nach polnischer Darstellung — haben sich die polnischen Herren nur der englischen Mission angeschlossen. Die Engländer reisten dennoch in besonderem Auftrage ihrer Regierung. Dann hätten sie aber keine Erlaubnis von der deutschen Regierung und nichts in Polen zu suchen.

Es gibt nur eine Lösung dieser Widersprüche. Paderborn hat das freie Geleit beantragt und erhalten. Er fürchtete sich, ohne Schutz nach Polen zu gehen und umgab sich darum mit dem englischen Schutzpanzer. Das ist sicher mit Einwilligung der englischen Regierung geschehen, denn sie gab der Teilnahme der polnischen Herren mit und stellte ein englisches Kriegsgesetz zur Verfügung. Die Fahrt als englische Mission aber ist auf Kaufmann berechnet und eine woblüberlegte Finte, um leichter nach Polen zu kommen. Aber sie mußten die englischen Teilnehmer ihrer Weisheit. Dagegen waren sie bei den späteren Vorgängen in Polen die Betrogenen. Sie wurden zu dem geplanten Aufbruch herangezogen, zum Schutz sowohl, wie als Jäger. Schließlich betrogen sogar sie selber mit falschen Versprechungen, um weiter falsches Zeugnis, d. h. den Kaufmann widersprechendes Zeugnis abzugeben. Das war mit ein Zweck der ganzen List, und die Engländer hatten sich als Helfer dazu hergegeben.

Für das Verständnis der Vorgänge bei dem Aufbruch ist es notwendig, auch Einzelheiten von dem Einzuge mitzuteilen. Die polnischen Zeitungen brachten feierlich darüber sehr ausführliche Darstellungen nach der höchsten Begeisterung, die polnischen „Patrioten“ und „Kameraden“ besonders der „Kurier“, „Polenpost“, „Dziennik“, „Dziennik“ und das „Polener Kopekblatt“. Sie siehe ich in Rate, um eigenes Erleben und Beobachtens Tücken hinterlegen.

Sobald das Kommen Paderborns für Weisheiten feststand, wurden in allen polnischen Büros und Veranstaltungen, sowie durch Vertrauensleute designt gemordet, Paderborn mit „königlichen Ehren“ zu empfangen. Die Weisheiten beging das durch die dringende Ermahnung, die Kinder auf die Bedeutung des Besatzungszuges und sie, wo immer möglich, zu Jagen der besatzungsmäßig. Vorgänge zu machen, denn es handle sich um eine weltgeschichtliche Begebenheit, die Wiedererrichtung des polnischen Reiches. Schon vor dem Fest, aber auch noch am zweiten Feiertage, wurden in den Büros und in besonderen Lokalen Abochen und Tabaken in den polnischen Farben unisono ausgegeben; denn damals waren Stoffe wie Schmutzwoll mit ihren Kindern in gehobener Stimmung zu dem Abgehellen modern. Sie kamen geschmeichelt zurück. Auch kleine Kinder trugen den polnischen Adler, Schreien in den polnischen Farben an Mäntel und Kleider oder polnische Fahnen. Schon am Vormittag des 26. Dezember war in der Stadt ein auffallend trübes Leben. Es waren viele Gänge von außen gekommen. Bürger und Arbeiter in der Stadt waren auch mit neuen Uniformen ausgestattet. Einzelne Teile der Stadt waren bereits verlassen. In der Martinstraße und den Nebenstraßen tauchte zum ersten Male ein eigenartiger Jenseiterschmuck in größerer Zahl auf, Albedien, die in der Größe der Schreie von innen an die Glasfenster geklebt wurden und den polnischen weissen Adler auf roten Grund zeigten, bis und wieder auch noch mit goldschillernden Abzeichen versehen. Fremde Fahnen waren an den Fenstern und an den verschiedenen Straßen, die Friedriehstraße und am Alten Markt, zu sehen. Der polnischen Dank zu sehen, am Nachmittag auch am Bazar, dem polnischen Gesellschafts- und Genossenschaftsbau. Auf deutscher Seite war für das Eintreffen Paderborns Zurückhaltung, wogegen sich Verleiben im Laufe dringlich anempfehlen, da die gereizte Stimmung der Polen offensichtlich war. Das Eintreffen Paderborns war für 20,30 Uhr angesetzt. Gegen 18 Uhr brach sich ein großer Teil der Bevölkerung zur Drucker Cigarettenfabrik auf, es also nach der Spanne zu machen. Ich sah bereits die Menschenanordnungen sehen und ging vorsichtig hinter der Menschenreize zur Stadt hinunter. Auch die Bahnhofstraße bis zum Bahnhof hin war bereits mit Menschen besetzt. Am Eingange war die durch ein besonders starkes Aufgebot von Soldaten vor dem Eingange Unterfunker geschickt. Über dem Menschenreize hatten ein Soldat in den polnischen Farben ging langsam und langsam hinunter am Schloß weg, die in Martinstraße. Es mochte 19 Uhr gewesen sein, da begann der Aufzug und die Aufstellung des Militärs. Man konnte zwei Gruppen unterscheiden: Die Soldaten im Dienst, die alle Patronenstaschen und Gewehre ohne Mündungsdeckel trugen und polierbildende Soldaten, die nicht Gewehr trugen und in doppelter Linie neben dem Feuergeis in loser Fühlung auf dem Straßenpflaster Aufstellung nahmen. Es konnte aber einem aufmerksam Beobachter

nicht entgehen, daß hinter den Reihen der Fußhauer noch ein großes Aufgebot nachgebaltender Zivilisten sich hin und her bewegte. Die hatten Stöcke, Kössen waren nicht zu sehen. Das Weiter war raub, doch für die Jahreszeit nicht kalt. Die Stimmung der Zivilisten war überaus erregt und erwartungsvoll. Sie erwarteten nicht wenig zu nennen, dazu waren die Leute zu sehr in Spannung und jubelten auch erregt. Der ganze Aufzug war sehr geschicklich. An langen Jagen rückten eben die annehmen an und steuten sich auf der Straße mit ihren Fahnen und Standarten auf, Sokols und Skauts folgten und nahmen Stellung. Man sah keine Ermüdung aufkommen. Sobald ein Aufmarsch der Soldaten, die großen Sokols und Skauts folgten, die militärische Abteilungen oder gar eine Kapelle eintrafen, und traten sich mit besonderer Aufmerksamkeit die Reugier und die Aufmerksamkeiten. Sie wurden meist durch Zurufe belehrt. Hin und wieder fuhr auch ein Salomagen die Straße hinunter. Bei der Rückkehr ordnete ich auf die Klagen. Von dem Landuntergebäude ab hin man keine Fahnen. Rechts und links fanden sich nur Staatsgebäude oder deutsche Genossenschaftsgebäude. Nur ein Wohnhaus, das Eckhaus neben dem ehemaligen Vereinshaus, der Danischhof gegenüber, hatte reich gelagert. Einlo war bei Eingang in die Cigarettenstraße ohne Klagen. Vor der Fabrikstraßestraße, durch die ich nach Hause ging, war nur das Eckhaus an der Cigarettenstraße besetzt. Sonst war hier in der Vorstadt alles Leben erloschen. Wer Entsetze an der Aufbruch des Festes hatte, war zu Stadt gerollt, die Leute aber hatten sich in die Wohnungen zurückgezogen. Die Luft mochte gegen 10 Uhr sein, es war sehr dunkel. Es mochte gegen 20 Uhr sein, es lag nach Hause kam.

Die Ankunft Paderborns hatte sich durch den Aufenthalt in Rogalen verregert. Die Spannung der Wartenden war von Stunde zu Stunde gelähmt. Man beachtete einen Zwischenfall bei der Reise. Gegen 21 Uhr wurde der Zug endlich gemeldet. Kurz vorher verfuhrten — nach polnischer Mitteilung — zwei Offiziere auf dem Bahnhof zu gehen, um der Mission den Eintritt in die Stadt im Namen des Generalkommandos zu verbieten. Sie wurden nicht durchgelassen. Einlo, nach polnischer Darstellung, hat der Beobachtungsvorteil verfuhrten, die angemessenen Willen an dem Verhalten des Wagens zu verhindern. Hier hätte der Kommandant Lunge aber den Jagen gewogen und die Waage der Bürgerwehr aufzurufen und das zu Aussteigen erzwungen. Wenn das zureichen sollte, so war die Waage der anreisenden Mission an den folgenden Ort verlagert. Kings um den Bahnhof fanden Kaufleute von Wärschen und Hamerte nicht bemerken, die die Fahrt in die Stadt zu verhindern. Die Wärschen in polnischer und englischer Sprache und überredeten von Blumen folgten auf dem Perron. Dann wurden die Gänge durch ein Spiel der Bürgerwehr zum Ausgang geleitet. Hier noch einmal Anreden und Begrüßungen von dem Vorsitzenden des polnischen Volkstrats der Stadt (Polen, Dr. Wölfer, und von Dr. Rudolphi um Kerfänger). Die Begrüßung der englischen Herren erfolgte in englischer Sprache. Kurzzeitig wurde die Mission in der Stadt in den Grundlag der Selbstbestimmung der Völker aufgestellt und das „bedrückte preussische System zu Boden gestossen habe“. Er endete mit einem Hoch auf die englische Nation. Während dieser Rede verließen plötzlich alle Lichter. Der Bahnhof lag im Dunkel. Am Ausgang waren verteilten die Magnesiumfackeln ein helles Licht, so daß die beschaltete Wirkung zum größten Teil ausblieb. Dann ordnete sich der Zug.

Er wurde eröffnet von dem Kommandanten der Bürgerwehr, Lunge, einem früheren preussischen Soldaten, mit einer Kompanie Bürgerwehr. Es folgte die Standarte des Sokolverbandes mit dem gesamten Vorhänge der Organisation. Dahinter schritt eine starke Musikkapelle, gefolgt von einer Ehrenkompanie von hundert Mann Bürgerwehr, die hinter dieser die polnischen Fahnen trugen mit ihren Standarten und Sokols und sich in der Polener politische Volkstrat an. Man erst kam der Salomagen mit den Gängen. Vor ihm schritten zu Fuß die beiden englischen Offiziere, der Kommandant Kamalings und der Fähnrich Danford und hörten so Paderborns durch ihren Vorantritt, wie einmils römische Legionäre ihren Gagar. Am Wagen saßen Herr und Frau Paderborn und der englische Oberst Wode, die ich wiederum eine Ehrenkompanie von hundert Mann an. Dann folgten die Gängen der Vereine mit ihren Standarten. Hinter ihnen schwenkte dann die polierbildende Dreiflügelung ein.

Der Zug bewegte sich langsam und feierlich durch die Spaltäre einer dichtgedrängten Menge, die auf den Bürgerwehren hand, abgegrenzt durch das Spalter der Bürgerwehr ohne Gewehr. Vor ihm standen Sackelträger, deren Magnesiumlicht die Straße bis zur Lagerhalle erhellte. Wo hin der Zug kam, brachen die Fußhauer in endlose Staubwolken aus, die sich zur Rechten seigten, als die Ehrenkompanie vorbeizog. Die Fußhauer schritten in großer Entfernung vor dem Wagen einherging und als Vertreter der englischen Nation so für den beginnenden Aufbruch in mochten Sinne des Wortes Schleppendienst leisteten. Wir Deutschen konnten dieses Verhalten nicht ertragen. Wir hatten bis dahin einen anderen Begriff von der Würde der englischen Nation. Deutsche Offiziere hätten sich dazu gemiß nicht verhalten, die sie sich dem Aufbruch der Nation gegenüber die Ehrlichkeit bedenklich aufwießen, schienen sich aber in der Rolle recht wohl zu befinden. Der Aufzug durch die Stadt dauerte eine und eine Viertelstunde. Überall wohin man kam, brauende Rufe, geöffnete Fenster und Türen.

Als der Wagen vor dem Bazar hielt, boten Soldaten der Bürgerwehr den Obersten Wode aus dem Wagen und trugen ihn auf ihren Armen in den Bazar. Sie alle trugen die volle Uniformform, aber

mit den polnischen Absichten an der Milche. Man hatte wohl bewußt darauf geachtet, den Alkohol aus dem polnischen preußischen Sektort und der Verfall des deutschen Heeres im Beispiel vor Augen zu führen. Im Boyer großer Empfang. Überreichung von Blumen. Dann begrüßte Dr. Krjlewicz Herr und Frau Paderewski. Der „Kunier Domanski“ brachte sie im Wortlaut. Auch in ihr wieder die scharfe Herzerhebung, daß seit dem Beginn des Krieges die Polen glauben, daß nur der Sieg der Koalitionsmächte Polen befreien könne und daß sich während des ganzen Krieges ihre Arbeit nach diesem Ziele bewegt hätte. Dann begrüßte Krjlewicz in englischer Sprache die Engländer und brachte ein Hoch auf die Verbandsmächte und England aus. Der Oberst Webe erwiderte kurz. Leider ist uns nichts von seiner Umpreise übermittelt. Dann sprach Paderewski selbstständig, bewegt und zukunftsreich und brachte ein Hoch auf Polen aus. Hauptsächlich die Güte und England bedankte die Begrüßung. Im Anschluß daran sprach Paderewski dann ein Sonder zur Begrüßung. „In der Vergangenheit hatte fast die ganze polnische Bevölkerung der Stadt und eine große Anzahl von Beobachtern der umliegenden Orte teilgenommen. Ihnen wollte er ein Wort der Begrüßung und Aufmunterung sagen. Auch die anderen Gäste zeigten sich am Fenster der Menge. Dann wurden sie in ihre Zimmer geführt. Kurze Zeit darauf fahren sie zu dem Stadtpräsidenten Drowosz, der polnische Begrüßung in der Bürgermeister — „kurmistrz“, eigentlich Bürgermeister als „Germanismus“ verpönt, der ein Begrüßungsmahl von 40 Gedecken gab.

Polnische Schulkinder jubigen Paderewski.

Der 27. Dezember brachte klaren Himmel und kühlen Frost. Ich war früh auf. Zu zehn Uhr vormittags war ich zur Verbandsführung des Provinzialvereins der Frauen. Ich hatte einen Bericht zu geben und die Versammlung zu schließen. Mein Wohnort am gerade nicht bequem. Ich mußte zu Fuß eine gute halbe Stunde Weges nehmen. Durch das Fenster meines Arbeitsimmers konnte ich von der Delesner Straße 56 im Stadtteil Jerlich die Katharinenstraße herauf die Große Berliner Straße übersehen, da vor meiner Wohnung damals noch viel unbehautes Gelände war. Schon gegen 8.30 Uhr sah ich Kinder in Fettkleidern im geordneten langen Zuge zur Stadt gehen. Mädchen voran, Knaben folgten. Erwachsene begleiteten den Zug. Ein Geis-

liher im langen schwarzen Dreifertrock führte. Ich wurde neugierig, fibrir meine Arbeit, um so reich mich möglich zu Ende und möchte mich auf dem Weg, um den Zufug anzufragen. Der Zufug der Kinder in dem ganzen Tag über in der Verammlung gebunden war, und für den Abend hatte ich verprochen, in einer Wechloerfammlung der Deutschen Volkspartei im Zoologischen Garten eine Werberede zu halten.

Ich ging den Katharinenweg hinauf, durch die Hohollerstraße, Tiergartenstraße, über die Bahnhofsbrücke zum Platz vor dem Kaiserfisch. Überall noch Seiltanzmusik. Der Zufug der Kinderfahrer war das einzige, das Interesse merken konnte. Auf dem großen freien Platz dem Schloße gegenüber polnischen Schloß, Paderewski, Bahn-direktion und der Hofposition Hartwig in der Colombhofe sammeln sich die Jüge der Kinder. Vonge Weiben verklärter Mädchen in den Damburger Volkstrachten standen schon da. Die begleitenden Mütter waren fast alle fort. Auch der Heilliche noch nicht mehr da. Kein Lehrer mehr, und auch nicht zu denken. Während der Zug aufzug war von der Kirche aufgezogen worden. Sowohl die Ordnung wie die weitere Führung übernahmen Soldaten der polnischen Bürgerwehr. Sie hatten neue Uniformen an, waren ausgehustete Leute, hatten das Koppel selbstarmmäßig über den Mantel gefaltet und britten Patronenfedern, das Gewehr ohne Mündungsdeckel. Es mußte aufpassen, daß sehr bewaffnete Soldaten einen Zug von Kindern begleiten, und auch nicht zu denken. Während der Zug geordnet wurde, ging ich bis zum Wilhelmplatz. Nach dort und ebenso vor dem Platz war alles ruhig. Nur eine Anzahl Krugierer umfanden den Zug, auch Frauen. Als ich zum Schloß zurückkam, rückte der Zug eben ab. Es war 9.30 Uhr. Ich konnte nicht mehr mitgehen. Meine Zeit war um. Ich ging den Ring bis zum Rittertor weiter, über den Eisenplatz in die Ritterstraße, wo die Verammlung stattfand. Als ich den letzten Weg zur Verammlung zurück bereitetung zu irgendwelchen Maßnahmen von deutscher Seite zu sehen. Ganz im Gegenteil, die Stille ließ auf große Zurückhaltung schließen. Auf der Straße fand man außer den polnischen Wachkommandos allein die mit starken Patronen ausgerüstete Bürgerwehr zur Begleitung des Aufzuges der Kinder und zur Begleitung des Boyars und sehr wenig Zivilisten. Es hatte nur hin und wieder ein Haus geflaggt. (Fortsetzung folgt.)

Dietrich Eckart, ein Sohn der bayerischen Ostmark.

(Zu seinem 10. Todestage am 26. Dezember.)

Auf die Ehrenliste der nationalsozialistischen Freiheitskämpfer gehört Dietrich Eckart. Von Anfang an ist er einer der treuesten Mitarbeiter Adolf Hitlers gewesen. Seine Beteiligung an dem Verzeugsverzug Adolf Hitlers am 9. November 1923 muß er mit Verantwortung büßen. In der Haft verfilmte sich sein Gefandheitsjournal mit Log u. Log. Er ist, als keine Aussicht auf Erlangung mehr besteht, wird er aus dem Gefängnis entlassen. Vergelegt ist der Bekannte nach Verletzung in Verletzungsgeheim. Nach wenigen Tagen, am 26. Dezember, ist sein Leben zu Ende — ein Leben voll Kampf, Not und Entbehrung. Dietrich Eckart stammt aus Neustadt in der Oberpfalz. Nach beendetem Studium verfuhr er, sich als Journalist und Schriftsteller in Berlin durchzusetzen. Seine Dramen werden im Reg. Schauspielhaus aufgeführt. Erleben bleibt er so gut wie unbekannt. Man kümmert sich kaum um seine herozogende Peter-Synal-Übertragung (er selbst ist Peter Synal, der Juchend die Welt durchreist und schließlich Ruhe in der mühslichen Zurückgezogenheit, in der Heimat findet). Sein Höhenlaufendrama „Heinrich der Vierte“, seine Renaissance-Tragödie „Corenzaccio“ werden bald wieder vorgelesen. Erst nach dem schmerzlichen Zusammenbruch 1918 wird man auf ihn aufmerksam. In München erhebt er die Revolution. Mit aller Kraft verlagert sich die Bewegung in die Pfaffen. Schon im Dezember 1918 gibt er die Wochen-schrift „Auf gut deutsch“ heraus. Im Januar 1919 findet Alfred Rosenberg zu ihm und wird sein erster Mitarbeiter gegen alles Unbehagen. Als Eckart mit Adolf Hitler zusammentritt, unterstellt er sich dessen Führung, und seine Wochen-schrift geht in Hitlers Kampforgan auf.

Seine Väter aus jener Zeit werden Fanale zur deutschen Erhebung:

„Sturm, Sturm, Sturm!
Tütet die Weichen von Krumm zu Krumm
Tütet die Männer, die Greife, die Däuben,
Tütet die Schläfer aus ihren Stuben,
Tütet die Mädchen, die heilige, die Stiegen,
Tütet die Mütter hinweg von den Wiegen,
Tütet, tötet sie und gelien, die Putz,
Tütet, tötet sie im Denker der Nacht,
Tütet die Toten aus ihrer Gruft,
Deutschland, erwache!“

Sein Werk „Deutschland, erwache“ reißt Hunderte, Tausende mit und verbreitet sich allmählich über ganz Deutschland. Mit einem flammenden Aufruf schließt die Strophen, die er Adolf Hitler 1923 zum Geburtstag schreibt:

„Die Herren auf! Wer leben will, der sieht,
Die Kraft ist da, vor der die Nacht entfliehet!“

Dietrich Eckart erlebte den Sieg nicht mehr. Aber sein Name lebt in uns fort. Eine Auswahl aus seinen Schriften in „Der und Profa“ hat Alfred Rosenberg im März 1924 unter dem Titel „Die Ostmark“ herausgegeben. Der Führer selbst hat ihm im zweiten Bande seines Buches „Mein Kampf“ ein Denkmal gesetzt. „Unter die Toten vom 9. November will ich auch jenen Mann rechnen, der als der Besten einer sein Leben dem Ermaßen seines, unferes Volkes gewidmet hat im Dichten und im Denken und am Ende in der Tat: Dietrich Eckart.“
Marga Heyne.

Aus der Arbeit des Bundes Deutsch-Ost.

Der Reichsführer vor der sächsischen Presse.

Reichsführer Dr. Dittke, der sich zu organisatorischen Vorfahrungen bei der Landesleitung Sachsen in Dresden aufhielt, empfing bei dieser Gelegenheit Vertreter der sächsischen Presse. In Begleitung des Reichsführers waren auch die Landesführer Dgg. Ender und Hanns Weer bei der Presseführung anwesend. Dr. Dittke ging nach eingehenden Ausführungen an die gesammten Ostprobleme ein, die durch den politischen Aufbruch in Polen entstanden. Am 27. Dezember 1918 ist von Grund auf neues Gesicht bekommen haben. Im ganzen Grenzraum von Mermel im Norden über die Grenzmark Polen-Westpreußen, Schlesien, das sächsische Grenzgebiet bis zur bayerischen Ostmark sind dem deutschen Volkstum neue Aufgaben gestellt. Schon in den Jahren vor der Macht-ergreifung durch den Nationalsozialismus hätten sich allerorts Vereine gebildet, die mit verschiedenen Zweifeln an der nationalen Bewegung der Träger der irdischen Verhältnisse klären wollten. Diese Vereine hätten aber immer nur Teilgebiete des Grenzproblems im Auge gehabt. Mit der Umstellung aller staatlichen und kulturellen Angelegen-

den Gedanken der Sozialität lief für den Nationalsozialismus auch die Aufgabe entstanden, auf dem Gebiet der Arbeit die liberaleistische Kapitalisierung zu überwinden. Dr. Dittke sprach Johann über die Verwirklichung des vom Chef des Außenpolitischen Amtes der NSDAP, Alfred Rosenberg, erteilten Auftrages zur Zusammenfassung der Arbeit und über den Aufbau des BDO. Die bisher noch anscheinend am meisten herozogertene Leistung des Bundes Deutsch-Osten lag die große Berliner Ausstellung „Der Osten, das deutsche Schicksal“ in der Ausstellung, die ein groß-schönes deutsches Ostproblemen. An ihr können auch die Arbeiter der sächsischen Grenzgebiete zur Geltung. Da die Ausstellung auch mit Verkaufsoptionen verbunden sei, habe sie für die Grenzgebiete erhebliche wirtschaftliche Vorteile gebracht. Dr. Dittke betonte in seinen Ausführungen, an die sich eine lebhafteste Unterhaltung anknüpfte, besonders die wirtschaftliche und kulturelle Seite der Ostfragen. Zur Deutlichkeit bemerkte er, daß sich bei der Arbeit der Ostprobleme unbedingt bedingungslos hinter die Friedenspolitik des Führers stelle, und daß es dem deutschen Wunsche entspräche, alle schwebenden Fragen zwischen dem Reich und seinen östlichen Nachbarern auf dem

